

Zum Steinmeier- Programm "Zehn Schritte für Afghanistan"

Presseecho

Zum Steinmeier- Programm "Zehn Schritte für Afghanistan" merkt Gert Weisskirchen an: "Das Papier konkretisiert, was Steinmeier in Einzelteilen bereits gesagt hat." Neu sei lediglich der Zeitpunkt, "und dieser ist durchaus nicht unrealistisch!"

Spiegel Online

SPD- Strategiewechsel

Lafontaine lobt Steinmeiers Afghanistan- Vorstoß

Von Björn Hengst und Christian Teevs

Die Bundeswehr soll einen konkreten Abzugsplan vorbereiten: Kurz vor der Wahl hat SPD- Kanzlerkandidat Steinmeier den Afghanistan- Kurs seiner Partei neu ausgerichtet. Die Genossen applaudieren - und die Linke feiert sich als Stichwortgeberin.

Berlin/Hamburg - Es sind nur zwei knappe Seiten, "Zehn Schritte für Afghanistan" lautet der Titel des Papiers aus dem Außenministerium, in dem die künftige Strategie für den Bundeswehreinsatz am Hindukusch thematisiert wird - und dennoch hat Außenminister und SPD- Kanzlerkandidat Frank- Walter Steinmeier mit dem am Sonntag kurz vor dem Rededuell mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) lancierten Dokument für Überraschung gesorgt.

Das Papier skizziert, wie ein Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan vorbereitet werden soll - und nennt in diesem Zusammenhang auch eine zeitliche Perspektive: "In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Grundlagen für den Abzug aus Afghanistan zu schaffen", heißt es dort etwa. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass bis 2011 in allen von deutschem Militär kontrollierten Distrikten eine "angemessen ausgebildete Polizei" vorhanden ist.

Der Vorstoß ist ein Strategiewechsel der SPD in der Afghanistan- Politik. Noch vor kurzem hatten sich die Sozialdemokraten gegen eine Empfehlung von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) gewehrt, die Bundeswehr bis 2015 am Hindukusch abzuziehen. Eine konkrete Jahreszahl sei "die falsche Antwort", wehrte etwa SPD- Chef Franz Müntefering den Vorschlag Schröders ab. Auch Steinmeier selbst zeigte sich skeptisch: Eine derartige Festlegung könne von "den Falschen als Ermutigung verstanden werden", sagte der Außenminister etwa in einem Interview.

Die Linke reagierte mit Genugtuung auf das Steinmeier- Papier. Linke- Chef Oskar Lafontaine sieht dadurch den Kurs seiner eigenen Partei bestätigt: "Offenkundig kommt so langsam auch bei den anderen Parteien an, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan beendet werden muss. Nur Gewaltverzicht, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie eröffnen einen Ausweg aus der afghanischen Sackgasse", sagte Lafontaine SPIEGEL ONLINE - als einzige im Bundestag vertretene Partei fordert die Linke den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan." Es bleibe zu hoffen, "dass die Abzugsdebatte inklusive Steinmeiers Plan nicht nur Wahlkampfgetöse ist", fügte Lafontaine hinzu. Nur eine Stimme für die Linke sei bei der Bundestagswahl ein Signal für ein schnelles Ende des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan.

Hat Schröder die Tonart vorgegeben?

Bis spätestens 2013 sollen die Voraussetzungen geschaffen sein, heißt es also im Steinmeier- Papier, die Bundeswehr abzuziehen. Dann könnten die Truppen - wie Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek- Zeul im SPIEGEL- Interview sagt - tatsächlich 2015 nach Deutschland zurückkehren. Hat Schröder den Genossen also doch die Tonart vorgegeben?

SPD- Außenpolitiker Niels Annen sagt jedenfalls, die Äußerungen des Altkanzlers und des Außenministers müssten sich gar nicht widersprechen: "Bei den Verhandlungen mit der afghanischen Regierung kann durchaus ein Abzugsdatum 2015 herauskommen. Doch diese Verhandlungen müssen wir erst abwarten."

Der Steinmeier- Vorstoß fällt in eine sensible Phase: Seit dem umstrittenen, von einem deutschen Oberst angeforderten Nato- Angriff nahe Kunduz auf zwei gekaperte Tankfahrzeuge am 4. September hat die Debatte über den Bundeswehreinsatz eine neue Dynamik erhalten. Laut afghanischem

Regierungsbericht kamen dabei 30 Zivilisten ums Leben. Die Bundesregierung sah sich massiver Kritik von EU- Partnern ausgesetzt, bei deutschen Politikern mehrten sich die Stimmen für eine Abzugsdebatte - in der Bevölkerung ist der Einsatz schon lange umstritten, die Mehrheit lehnt ihn ab.

Steinmeier weist Kritik im TV- Duell zurück

Zwar hatte Steinmeier bereits zuvor signalisiert, im Fall eines Sieges bei der Bundestagswahl einen "konkreten Fahrplan" für den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan aushandeln zu wollen, Jahreszahlen nannte der SPD- Politiker dabei aber nicht.

Auffällig ist nun, dass Steinmeier kurz vor der Wahl die Afghanistan- Strategie angepasst hat. Im TV- Duell am Sonntagabend musste er sich dafür deutliche Kritik des RTL- Moderators gefallen lassen. Peter Kloeppel zweifelte Steinmeiers Glaubwürdigkeit an und fragte, ob es sich um einen Wahlkampf- Gag handele. Der SPD- Kandidat wies die Kritik als "nicht fair" zurück. Er wolle "einen klaren Fahrplan vereinbaren, wie lange wir da sein müssen". Ziel sei es, "dass wir uns in Afghanistan überflüssig machen". Auch der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Jens Plötner, bemüht sich am Montag, der Kritik entgegenzuwirken. Steinmeier habe schon vor drei Wochen angekündigt, mit einer neuen afghanischen Regierung einen Fahrplan zu erarbeiten. Der Zehn- Punkte- Plan sei ein Strategiepapier, das die Kernbereiche Sicherheit, Wiederaufbau sowie Dialog und Versöhnung umfasse. Ein festes Abzugsdatum zu nennen, sei "falsch und unverantwortlich". Jedoch müsse es jetzt ein "gemeinsames Bewusstsein der Dringlichkeit" geben. Bei SPD- Außenpolitikern stößt der Plan auf Zustimmung. Das Papier lege die Bundesregierung nicht fest, sagte Annen, zeige aber auch: "Der Bundeswehr- Einsatz in Afghanistan kann keine Never- Ending- Story sein." Steinmeier habe schließlich "immer gesagt, wir können dort nicht so lange bleiben, bis die Afghanen die Riester- Rente und die Mülltrennung eingeführt haben". Auch der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen, sagt: "Das Papier konkretisiert, was Steinmeier in Einzelteilen bereits gesagt hat." Neu sei lediglich der Zeitpunkt, "und dieser ist durchaus nicht unrealistisch", so Weisskirchen. Linke- Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch nannte Steinmeiers Vorstoß "ein billiges Wahlkampfmanöver". Steinmeier bleibe mit seinem Vorschlag sehr vage und reagiere damit offensichtlich auf die Ereignisse der vergangenen Wochen. Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten stehe dagegen nichts von einem Abzugsplan für die Bundeswehr. Annen ficht diese Kritik nicht an: "Die Linke muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nie ernsthaft eine Perspektive für Afghanistan entwickelt zu haben." Dass ausgerechnet sie der SPD nun Wahlkampfmanöver vorwerfe, finde er "ziemlich merkwürdig".

Veröffentlicht am 14.09.2009